

Haushalts- und Grundsatzrede
des Bürgermeisters Dr. Karl-Uwe Strothmann
anlässlich der Einbringung des Entwurfes des Haushaltsplanes
für das Jahr 2007
in der Sitzung des Rates am 14. Dezember 2006

Einführung

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

heute bringe ich gemeinsam mit unserem Stadtkämmerer, Herrn Klaes, den **Entwurf der Haushaltssatzung und des Haushaltsplanes 2007** ein.

Der Aufschwung in der deutschen Wirtschaft hat 2006 weiter an Dynamik gewonnen. Zu diesem Wachstum tragen viele Wirtschaftsbereiche unserer Stadt bei. Auch am Arbeitsmarkt setzen sich Besserungstendenzen, gestützt durch die konjunkturelle Aufwärtsentwicklung, fort. Im November dieses Jahres betrug die Arbeitslosenquote für den Bereich Beckum und Wadersloh 7,1 % gegenüber 9,2 % im Vorjahresmonat. Das sind 534 Personen oder rd. 23 % weniger als noch vor einem Jahr.

Dank der inzwischen wieder ordentlichen Konjunktur mit anziehendem Konsum und guten Exportdaten gibt es auch für uns erfreuliche **Zuwächse** z. B. bei den **Gewerbesteuereinnahmen** und den **Schlüsselzuweisungen**.

Angesichts dieser positiven Entwicklung ist es erstmalig nach langer Zeit wieder möglich, ohne eine Zuführung vom Vermögenshaushalt an den Verwaltungshaushalt auszukommen, also einen auch **strukturell ausgeglichenen Etatentwurf** einzubringen. Darüber sind wir sehr glücklich und darauf sind wir auch stolz. Es zeigt sich jetzt, wie wichtig es war, in den vergangenen Jahren einen konsequenten Konsolidierungskurs gefahren zu haben.

In Nordrhein-Westfalen gab es in 2006 nur 32 Gemeinden, die einen strukturell ausgeglichenen Haushalt einbringen konnten. Wir gehören jetzt wieder zu dieser selten gewordenen Gattung.

Der **Verwaltungshaushalt** ist mit einem Volumen von **71.630.550 €** ausgeglichen.

Der **Vermögenshaushalt** weist in Einnahme und Ausgabe ein gleich lautendes Volumen von **12.750.800 €** auf.

Die Haushaltssatzung 2007 schließt im Gesamthaushalt in Einnahme und Ausgabe bei **84.381.350 €** ab.

In den vergangenen Jahren war es leider so, dass wir z. T. beträchtliche Vermögenserlöse – zumeist aus Grundstücksverkäufen – dem Verwaltungshaushalt zuführen mussten, um den Haushaltsausgleich zu erreichen und damit ein drohendes Haushaltssicherungskonzept abzuwenden.

Die Vermögenserlöse, die wir in 2007 erwarten, verbleiben nach den Plan- daten in voller Höhe da, wo sie eigentlich hingehören, nämlich im Vermö- genshaushalt und helfen mit, dringend erforderliche Investitionen und In- vestitionsförderungsmaßnahmen zu finanzieren. Daneben ergibt sich ein deutlich verringerter Kreditbedarf.

Trotz des diesjährig erfreulichen Steuerplus, welches wir wegen der guten Konjunkturlage nun auch für 2007 erwarten, muss ich jedoch vor Euphorie dringend warnen; wir sind noch lange nicht über dem Berg. Noch immer drückt eine beträchtliche **Schuldenlast von rd. 66 Mio. €**. Deshalb müs- sen wir unsere finanzpolitischen Sinne beisammen halten und im Rahmen unserer Möglichkeiten konsequent fortfahren, den Schuldenberg abzutragen.

Für 2007 bietet sich die Chance für eine deutliche **Entschuldung** von **rd. 1,6 Mio. €** und genau diese haben wir auch eingeplant.

Dieses herausragende Ergebnis erreichen wir dabei, obwohl wir auch in 2007 wieder eine Reihe **zusätzlicher Mehrbelastungen und Kürzungen** verkraften müssen. Die Kürzung des Steuerverbundes durch **Herausnah- me der Grunderwerbsteuer**, die **Verdoppelung des Beteiligungsanteils an den Lasten der Krankenhausfinanzierung** (Krankenhausinvestitions- umlage), die vom Land geplante massive **Kürzung der Mittel bei den Sachmittelpauschalen nach § 18 des Gesetzes über Kindertagesstät- ten (GTK)** und **das Finanzierungsrisiko „Hartz IV“** belasten den Etat 2007 erheblich und schränken den finanziellen Handlungsspielraum und die Möglichkeiten stark ein.

Apropos Hartz IV

Meine Damen und Herren,

Hartz IV markiert den Beginn der Desillusionierung. Aber zunächst noch einmal zur Erinnerung: Zum 01.01.2005 ist durch das neue SGB II die Zu- ständigkeit für Hilfe für Erwerbsfähige auf den Bund übergegangen, wäh-

rend die Hilfe für Nicht-Erwerbsfähige bei den Städten bzw. Kreisen verblieben ist. Zugleich wurden den Kommunen für den Bereich des SGB II die Kosten für Unterkunft und Heizung sowie für einmalige Leistungen auf-erlegt; an diesen Kosten beteiligt sich der Bund zz. noch mit einem Schlüssel von 29,1 %. Durch die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe – eine grundsätzliche richtige Maßnahme – sollten die Kommunen in NRW um insgesamt 2,5 Mrd. € entlastet werden. Doch schon kurz nach Inkrafttreten des Hartz IV-Paketes war auch für uns zu erkennen, dass die Rechnung nicht aufgehen würde. Es folgte ein drastischer Kostenanstieg. Hierüber habe ich im Rahmen der halbjährlichen Gesamtbudgetberichte im Haupt- und Finanzausschuss ausführlich berichtet. Inzwischen hat der Gesetzgeber auf die zu Tage getretenen Fehlanreize und Missbrauchsmöglichkeiten reagiert und die „Gestaltungsmöglichkeit“ für Bedarfsgemeinschaften eingeschränkt. Aufgrund der Gesetzesänderung hat sich in letzter Zeit die Zahl der erwerbsfähigen Hilfsbedürftigen unter 25 Jahren, die vormals vom Staat ihre erste Wohnung finanziert erhielten, reduziert.

Die Kosten für Hartz IV, die dem Kreis im Rahmen seiner Zuständigkeit entstehen, sind aber nach wie vor immens und werden nach den tatsächlich entstandenen Aufwendungen auf der Grundlage einer Vereinbarung (Herforder Modell), die auch für 2007 fortbestehen wird, mit den kreisangehörigen Kommunen spitz abgerechnet.

2006 haben wir einen Ansatz von rd. 2,728 Mio. € gebildet. Wegen der hohen Anzahl der Hilfeempfänger rechnen wir mit einer **Mehrbelastung** von **rd. 700.000 €**, so dass wir bis zum Jahresende Gesamtaufwendungen von rd. **3,4 Mio. €** haben werden.

Einerseits weil der Bund nach zähen Verhandlungen für **2007** den Schlüssel von 29,1 % auf 31,2 % zu Gunsten der Kommunen angehoben hat und andererseits wegen des erwarteten Rückgangs der Bedarfsgemeinschaften rechnen wir 2007 mit **Gesamtaufwendungen** von **rd. 3 Mio. €**. Hierzu ist allerdings anzumerken, dass eine Gleitklausel vereinbart wurde, wonach der Bundesanteil entsprechend der Arbeitsmarktentwicklung und den tatsächlich entstehenden Unterbringungskosten angepasst wird. Dies bedeutet: Sinkt der Anteil der Hartz IV-Empfänger – was selbstverständlich sehr zu begrüßen wäre – um 1%, ermäßigt sich die Beteiligungsquote des Bundes um 0,7 % - Punkte.

Die Aufstockung des Bundesanteils ist zwar ein positives Signal, aber Fakt bleibt: Hartz IV ist eine Rechnung mit vielen Unbekannten. Für uns gibt es zu viele Einflussfaktoren, die wir nicht selbst bestimmen können; das finanzielle Risiko bleibt für uns hoch.

Nun zur Kreisumlage

Trotz der vom Landrat angekündigten Senkung des Kreisumlagehebesatzes werden die Städte und Gemeinden in 2007 erheblich mehr Kreisumlage an den Landrat überweisen müssen als im Vorjahr. Das liegt daran, dass die Umlagegrundlagen, auf die der Umlagehebesatz angewendet wird, sich deutlich erhöht haben. Bei einem kalkulierten **Kreisumlagehebesatz** von rd. **31 Prozent** haben wir einen Haushaltsansatz von **10.682.950 €** gebildet. Das sind **428.400 € mehr** als 2006.

Mit der **gemeinsamen Stellungnahme** der **Bürgermeisterin und der Bürgermeister** zum Eckdatenpapier zum Entwurf des Kreishaushaltes 2007 sind wir deshalb mit aller Deutlichkeit dem Eindruck entgegengetreten, die vom Landrat angekündigte Senkung des Kreisumlagehebesatzes um einen Prozentpunkt würde uns massiv entlasten. Ursprünglich war vorgesehen, die kreisangehörigen Gemeinden mit **4,6 Mio. €** mehr als im laufenden Haushaltsjahr zu belasten.

Angesichts der harten Tatsachen und guter Argumente haben wir deshalb im November gegenüber dem Landrat die **Forderung erhoben**, den **Hebesatz** zur Kreisumlage um **mindestens 2,0 v. H.** auf **30,6 v. H.** zu senken, um damit dem Ergebnis Rechnung zu tragen, dass sich trotz Steuermehreinnahmen in einigen Städten und Gemeinden die Finanzlage der Kommunen, bezogen auf den Zeitraum der letzten Jahre, nicht verbessert, sondern weiter verschlechtert hat.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

wie ich bereits zu Beginn meiner Ausführungen kurz dargelegt habe, verschafft uns die leichte Entspannung der Haushalts- und Finanzlage lediglich eine willkommene Atempause.

Auch sollten wir uns angesichts kräftiger sprudelnder Steuereinnahmen nicht dazu verleiten lassen, die Spendierhosen überzustreifen. Natürlich sind viele der erhobenen Forderungen und Wünsche nachvollziehbar und berechtigt. Tatsache aber ist, dass die Stadtkasse trotz der erfreulichen Steuermehreinnahmen nicht voll ist, sondern nur nicht mehr ganz so leer, wie wir das in den vergangenen Jahren gewöhnt waren.

Wir müssen aus vielerlei Gründen – einige habe ich bereits genannt – weiter auf die Ausgabenbremse treten, um neuerliche strukturelle Defizite nachhaltig für die Zukunft auszuschließen. Neben den bereits bewährten Maßnahmen, wie

Deckelung – aber immerhin keine Kürzung – **bei den freiwilligen Leistungen** möchte ich exemplarisch weitere **wichtige Konsolidierungsansätze** ansprechen:

- **Umfassende Aufgabenkritik** – ein Projekt mit klaren Zielen – läuft bei uns bereits seit dem Frühjahr; erste Erfolg versprechende Ansätze sind bereits sichtbar;
- **sozialverträgliche Personalkostenreduzierung**, u. a. durch Optimierung der verwaltungsinternen Arbeitsabläufe und Nutzung der natürlichen Fluktuation. Der Personalabbau ist eine wichtige Stellenschraube zur Kostenreduzierung und deshalb unverzichtbar; ich möchte jedoch noch einmal deutlich hervorheben: Betriebsbedingten Kündigungen erteilen wir eine klare Absage.
- **Begrenzung der Verwaltungstätigkeit auf Kernaufgaben und Kompetenzen;**
- **Mehreinnahmen und Minderausgaben sollten grundsätzlich dem Abbau von Defiziten dienen;**
- Weitere Erfolg versprechende Ansätze erhoffen wir uns durch die (Ausweitung der) **Zusammenarbeit mit Nachbarkommunen**; Anwendungsfelder sind z. B. die Abwasserentsorgung, Tourismusförderung, der Brandschutz und der Bildungsbereich (Schulen, Volkshochschulen).

Zu den Realsteuerhebesätzen

2007 bleiben die Realsteuerhebesätze für die Grundsteuer A und B und die Gewerbesteuer auf dem Niveau der Vorjahre. Wir schonen damit bewusst den Geldbeutel unserer Bürgerinnen und Bürger und vermeiden so eine zu hohe Belastung der heimischen Gewerbebetriebe. Auch behalten wir damit die Wettbewerbssituation gegenüber den Nachbargemeinden mit niedrigeren Steuersätzen im Blickfeld.

Die **Gewerbesteuerereinnahmen** haben sich im laufenden Haushaltsjahr 2006 deutlich **günstiger entwickelt** als wir dies bei der Etataufstellung vor gut einem Jahr vorhergesehen haben. Der Haushaltsansatz **2006** wurde mit **13,965 Mio. Euro** gebildet; voraussichtlich werden wir bis zum Jahreschluss mit **rd. 17,5 Mio. Euro** rechnen können. Für **2007** haben wir zurückhaltend optimistisch einen Ansatz mit **16,965 Mio. Euro** gebildet.

Überprüft wurden – wie alle Jahre – die Gebührenhaushalte, um festzustellen, ob Gebührenanpassungen erforderlich sind. Der Haupt- und Finanzausschuss hat am Dienstag, 12.12.2006, die Gebührenkalkulationen beraten und Beschlussempfehlungen an den Rat ausgesprochen. Der Rat wird sich mit den Gebührenhaushalten noch heute gesondert befassen, so dass ich mich an dieser Stelle lediglich auf die Aussage beschränken möchte, dass Gebührenanhebungen – mit Ausnahme der Friedhofsgebühren – derzeit nicht vorgesehen sind. Bei den **Entwässerungsgebühren** schlagen

wir nach der aktuell vorgenommenen Kalkulation sogar eine **Senkung der Gebühr** von **0,22 € pro Kubikmeter** oder **5,2 %** vor, ein sicherlich sehr positives Signal.

Ich komme zum Thema Wirtschaftsförderung

Meine sehr geehrten Damen und Herren,
eine zukunftsgerichtete Stadtentwicklung muss eine aktive Förderung der Wirtschaft einschließlich des örtlichen Arbeitsmarktes umfassen. Vom Grunde her bedarf es hierzu keines besonderen Anstoßes. Wir haben uns seit Jahren – wie ich meine – erfolgreich bemüht, die ortsansässigen Unternehmen zu fördern und z. B. bei Erweiterungsbedarf mit Grundstücken, Erschließungsmaßnahmen oder wenigstens mit der Schaffung der bau- und planungsrechtlichen Rahmenbedingungen zu unterstützen.

Daneben haben wir uns mit Erfolg engagiert, neue Betriebe mit Entwicklungspotenzial in die Stadt zu holen, um durch deren Ansiedlung günstige Impulse für das Wirtschaftsleben und den Arbeitsmarkt auszulösen und zudem auch Neubürger anzulocken. Damit erhoffen wir uns, auch positive Auswirkungen auf die Steuereinnahmen zu erzielen – von der Gewerbesteuer bis hin zum Gemeindeanteil an der Einkommenssteuer.

Wir wissen dabei nur zu genau, dass der interkommunale Wettbewerb um die Ansiedlung innovativer wachstumsstarker Unternehmen sehr schwierig geworden ist. Aber hohe Lebensqualität, qualifizierte Arbeitskräfte, ein gutes Gewerbe- und Industrieflächenangebot und nicht zuletzt gute Verkehrsanbindungen machen Beckum zu einem attraktiven Wirtschaftsstandort.

Zu den Gewerbeansiedlungen

Der **EDEKA aktiv Markt**, Oststraße/ Sternstraße, hat in diesen Tagen mit einer Verkaufsfläche von ca. 1.600 qm seine Pforten geöffnet und hält zur qualitativ hochwertigen Versorgung der Bevölkerung der Innenstadt ein attraktives Warenangebot bereit. Wir sind glücklich darüber, dass auf dieser exponierten Fläche am Osttorknoten eine wichtige Versorgungseinrichtung entstanden ist, die insbesondere für unsere Einwohnerinnen und Einwohner im innerstädtischen Bereich überdurchschnittlich gute Einkaufsmöglichkeiten bietet. Mit der Fertigstellung des gegenüber liegenden neuen Altenpflegeheimes voraussichtlich im Januar 2007 haben wir dann einen ehemaligen innerstädtischen Schandfleck innerhalb kürzester Zeit vollständig beseitigt und die Innenstadt Beckums weiter gestärkt.

Ende Oktober hat im Gewerbegebiet **Grevenbrede** das neue **Möbelhaus Berkemeier** mit verschiedenen Fachmärkten eröffnet. Durch die Umsied-

lung und die damit verbundene Modernisierung des Unternehmens wurde die Attraktivität des Einkaufstandortes Beckum deutlich gestärkt und viele neue Arbeitsplätze geschaffen.

In beiden Fällen war die Stadt zuvor Grundstückseigentümerin, was uns auch finanziell sehr geholfen hat.

Das Flächenangebot im **Gewerbegebiet „Grüner Weg“** ist zu etwa 70 % vermarktet. In „Mark I“ stehen nur noch wenige, in anderen Gewerbegebieten keine Flächen mehr zur Verfügung. Aus diesem Grunde wird derzeit die Planung der Norderweiterung des Gewerbeparks „Grüner Weg“ vorangetrieben, um auch für die Zukunft ausreichend Vorsorge zu treffen. Zum etwaigen Ankauf privater Grundstücksflächen aus diesem Bereich haben wir rund 300.000 Euro eingestellt.

Zum Tourismus- und Freizeitkonzept

Bereits Ende 2005 haben wir uns intensiv mit der Idee eines Tourismus- und Freizeitkonzeptes für Beckum befasst. In der heutigen Sitzung hat der Gutachter, die Fa. IFT, Köln, hierzu ein Konzept vorgestellt. Jetzt werden wir uns Gedanken darüber machen müssen, welchen Weg wir einschlagen wollen. Ich denke mir, schon heute sind wir uns grundsätzlich einig, dass wir Chancen nutzen sollten, Beckums Lage und das damit verbundene Freizeit- und Erholungspotenzial kreativ und ökologisch vernünftig, aber auch beschäftigungsorientiert zum Wohle der Stadt und ihrer Einwohnerinnen und Einwohner zu nutzen und weiterzuentwickeln.

Zum Thema Leerstandsmanagement

Nachdem wir diesjährig die grundlegenden Voraussetzungen geschaffen haben, wollen wir in 2007, und zwar gleichberechtigt für unsere beiden Stadtteile Beckum und Neubeckum, ein funktionierendes professionelles Leerstandsmanagement installieren. Zurzeit bemühen wir uns um eine angemessene Landesförderung. Die Aussichten hierfür stehen nicht schlecht. Besonders positiv möchte ich hervorheben, dass beide Gewerbevereine (Beckum und Neubeckum) bereits zugesichert haben, sich aktiv und auch finanziell an diesem wichtigen Projekt zu beteiligen. Den städtischen Anteil i. H. v. 10.000 Euro haben wir für 2007 in den Etat eingestellt.

Nun zu den neuen Wohnbauflächen im Beckumer Süden

Mit Hochdruck wird das Projekt „Pflaumenallee-Ost“ vorangetrieben. Wir schaffen damit im Beckumer Süden in einem 1. Bauabschnitt ca. 100 äußerst attraktive Baugrundstücke; für einen späteren Zeitpunkt sind im 2. Abschnitt ca. 50 weitere Grundstücke zur Bebauung vorgesehen.

Die Nachfrage nach Grundstücken läuft erfreulich gut an. Ich glaube, dass wir hier beizeiten eine richtige Weichenstellung vorgenommen haben; die

festgelegten Grundstückspreise der unterschiedlichen Lagen sind dem ausgezeichneten Wohnumfeld angemessen und sozial verantwortbar. Mit dieser Entscheidung leisten wir auch einen positiven Beitrag, um dem Verlust von Einwohnern – ich denke hier vor allem an die jungen Familien – entgegenzuwirken. An Grundstückserlösen aus dem Bereich haben wir für 2007 1,14 Mio. Euro eingestellt.

Sofern es die Witterung erlaubt, werden wir gleich im Januar 2007 mit der Erschließung – incl. Kanalbau und Hochwasserschutzmaßnahmen (u. a. durch Schaffung eines Regenrückhaltebeckens) – starten. Für 2007 erwarten wir hier Gesamtausgaben in H. v. 1.135.000 Euro.

Voraussichtlich 2007 beginnt auch im Baugebiet „Sachsenstraße“ die Erschließung weiterer attraktiver Wohnbauflächen.

Zum Straßen und Radwegebau

2006 wurden verschiedene Straßenbau- und Radwegeprojekte im Stadtgebiet realisiert oder vorangetrieben. So wird im nächsten Jahr – von vielen lange erwartet – jeweils ein neuer Radweg entlang der stark befahrenen Hammer Straße und der Stromberger Straße entstehen. Fertig gestellt ist der beidseitige Radweg am Paterweg.

Auch 2007 werden wir in weitere Projekte der Straßen- und Radwegeplanung investieren oder hierzu Unterstützung leisten. Ziel ist es, eine hervorragende Straßenverkehrsanbindung – besonders wichtig auch für den Wirtschaftsstandort – zu erreichen und die vorhandenen Wander- und Radwege innerhalb und außerhalb des Stadtgebietes mit der bestehenden Siedlungsstruktur zu vernetzen.

Bereits im Frühjahr 2007 soll der Werseradweg eröffnet werden. Über diesen Weg, der im Wesentlichen entlang der Werse von Beckum bis nach Münster geführt wird und zudem auch in das Radwegenetz Ostwestfalen über Oelde nach Rheda-Wiedenbrück sowie das Emscher-Lippe-Radnetz integriert wird, werden die Werse und die Stadt Beckum mit ihrer gewachsenen Kulturlandschaft überregional präsentiert und bekannt gemacht. Diese Maßnahme – ich muss es wohl kaum erwähnen – passt sehr gut in unser Freizeit- und Tourismuskonzept.

Im Jahr 2007 soll dann auch ein lang gehegter Wunsch vieler Beckumerinnen und Beckumer in Erfüllung gehen, indem wir den Rad- und Fußweg zwischen Beckum und Neubeckum mit Leuchten ausstatten. Hierfür sind 97.600 Euro veranschlagt. Im Jahr 2008 soll dann auch der Weg zwischen Beckum und Roland beleuchtet werden (49.000 Euro).

Zu den Schulen / Offene Ganztagschulen

Mit Beginn des Schuljahres 2005/06 wurde an den **Grundschulen Sonnenschule** und **Paul-Gerhardt-Schule** das Angebot der **Offenen Ganztagschule** eingeführt.

Seit diesem Sommer bietet zusätzlich die **Martinschule** das Angebot der Offenen Ganztagschule an.

Infolge wachsender Nachfrage nach Betreuungsplätzen haben wir vorgesehen, in 2007 das **Angebot** der Roncallischule und der Sonnenschule um je eine Betreuungsgruppe **zu erweitern**. Hierzu sollen kurzfristig die erforderlichen Mittelanträge bei der Bezirksregierung gestellt werden.

Nun zum Hochwasserschutz/ Naturnahe Entwicklung der Werse

Zurzeit befinden sich die Ausbauabschnitte von der ehemaligen Zeche Ahlen bis zur Autobahn Beckum im Planfeststellungsverfahren. Mit der wasserrechtlichen Genehmigung rechnen wir im Frühjahr 2007.

Mit dem nächsten Bauabschnitt A 4 soll im Sommer 2007 begonnen werden. Die auf Beckumer Stadtgebiet gelegenen Abschnitte 2 und 3 sollen bis 2010 folgen. Parallel beabsichtigt die Stadt Ahlen, auf ihrem Stadtgebiet den Ausbau ebenfalls zu realisieren.

Damit kann dann insgesamt den Erfordernissen des Hochwasserschutzes und der naturnahen Entwicklung – auch im Zusammenhang mit den Anforderungen der EU-Wasserrichtlinie – entsprochen werden.

Zum Umbau der Sparkasse / Neugestaltung des Rathausvorplatzes in Neubeckum

Wie geplant, wurde im Frühjahr 2006 mit dem großzügigen und modernen Umbau der Sparkassengeschäftsstelle in Neubeckum begonnen. Seit November präsentiert sich die Sparkasse im Herzen Neubeckums im neuen Glanz.

Zusammen mit der gelungenen Neugestaltung des Rathausvorplatzes – hierfür haben wir immerhin rd. 330.000 Euro bereitgestellt – ist nunmehr für Jedermann sichtbar geworden, dass sich die Investitionen am Standort Neubeckum sehr gelohnt haben.

Sanierung des Umkleide- und Sanitärtraktes im Freibad Neubeckum

Nach gut 8-monatiger Bauzeit und einer Investition von rd. 415.000 Euro wurde pünktlich zum Beginn der diesjährigen Freibadsaison das Sanitär- und Umkleidegebäude im Freibad Neubeckum komplett modernisiert. Nach Rückmeldungen, die wir aus der Bevölkerung erhalten haben, findet das großzügig und modern umgestaltete Gebäude sehr großen Anklang und Zuspruch.

Auch für das Jahr 2007 haben wir wieder zahlreiche Investitionen eingeplant. Einen wesentlichen Schwerpunkt bildet dabei der Bereich der Schulen. Hierauf wird Herr Klaes gleich noch näher eingehen.

Besonders wichtig ist mir, dass wir für 2007 Mittel für den Bau einer neuen behindertengerechten Toilettenanlage in der Innenstadt Beckums einplanen konnten. Dann haben wir nach der Fertigstellung der Anlage in Neu-Beckum auch unseren größten Stadtteil endlich entsprechend ausgestattet. Darüber hinaus planen wir auch den behindertengerechten Umbau des Eingangsbereiches mitsamt einer Fassadensanierung am Rathaus in Beckum. Damit wird auch einer Forderung der Arbeitsgruppe zur Verbesserung der Belange der Menschen mit Behinderungen in Beckum entsprochen. Insgesamt sind hierfür im Etat 259.650 Euro veranschlagt.

Schluss

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

ich habe in meinen Ausführungen bereits darauf hingewiesen, dass wir uns nach wie vor in einer sehr schwierigen Haushaltslage befinden und wir weiter konsequent den Weg der Haushaltskonsolidierung beschreiten müssen.

Ich wünsche mir deshalb, dass im Zuge der Haushaltsberatungen nicht nur um Einzelinteressen gestritten wird, sondern wir mit Blick auf das Große und Ganze dem Allgemeinwohl verpflichtet bleiben. Hierbei sollten wir uns nach den finanziellen Möglichkeiten und nicht nach dem Wünschenswerten richten.

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen eine erfolgreiche Beratung.

Weitere Einzelheiten zum Entwurf des Haushaltsplanes für das Jahr 2007 und des Investitions- und Finanzplanes 2006 – 2010 wird Ihnen jetzt der Kämmerer Herr Klaes vorstellen und erläutern.

Ich bedanke mich bei allen städtischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die mit dazu beigetragen haben, dass wir Ihnen heute einen **strukturell ausgeglichenen** Verwaltungsentwurf zum Haushalt 2007 vorlegen können und danke für Ihre Aufmerksamkeit.